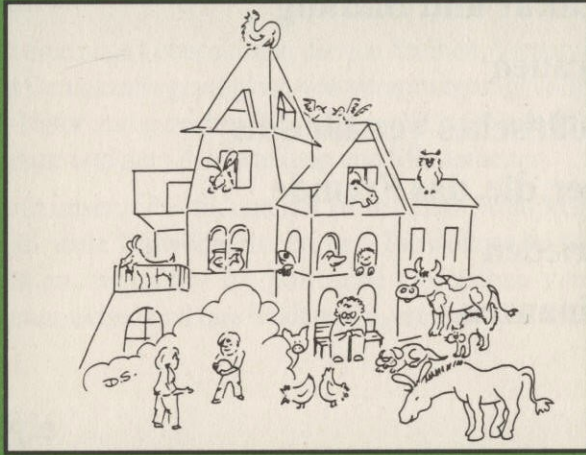


BfO/GRÜNE

Ober-Ramstadt



Programm

zur

Kommunalwahl

1997

Inhalt:	Seite
1. Ökologie	3
2. Stadtentwicklung	12
3. Arbeitsmarktpolitik	14
4. Soziales	15
5. Kultur und Bildung	19
6. Frauen	23
7. Politisches Verständnis	24
8. Der, die, das Fremde	26
9. Frieden	28
10. Finanzen	30

Herausgeberin:

BfO/DIE GRÜNEN Ober-Ramstadt, Friedhofstraße 6, 64372 Ober-Ramstadt

Mitarbeiterinnen (Inhalt):

Susanne Hoffmann-Maier, Regina Reddig, Miguel Angel Ruiz Diez, Jochen Baumann, Horst Becht, Hans-Jörg Halva, Wilfried Heberer, Roland Maiwald, Rainer Schönenberg, Christian Schreyer, harald hellweg-mahrt †

Zeichnungen:

Daggi Schoenmaker

Fotos:

Christian Schreyer

Redaktion: Hans-Jörg Halva, Roland Maiwald, Christian Schreyer, harald hellweg-mahrt †

Layout: harald hellweg-mahrt †

Auflage: 5.500 Exemplare

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH, Arheilgen

Liebe Einwohnerinnen und Einwohner von Ober-Ramstadt,
vor Ihnen liegt das Programm der BürgerInnen für Ober-Ramstadt/DIE GRÜNEN (BfO/GRÜNE Ober-Ramstadt). In diesem Programm finden Sie die Positionen und Ziele, für die wir um Ihre Zustimmung und Unterstützung bitten.

Wir wollen die Lebensqualität in dieser Stadt verbessern. Heutige und zukünftige Einwohnerinnen und Einwohner sollen ein für sie positives und kreatives Leben im Einklang mit der Natur und allen Menschen führen können.

Unser Ziel ist eine neue Lebenskultur, die von Freiheit, Verantwortung, Toleranz und Demokratie geprägt ist, von verantwortungsvollem Umgang mit der Natur und gerechter Verteilung von Arbeit und Einkommen, vom Schutz und der Gleichstellung von Minderheiten.

Wir wollen mit unserer Politik und mit Hilfe dieses Wahlprogramms erreichen, daß viele Einwohnerinnen und Einwohner wieder Lust dazu bekommen, sich aktiv ins politische Geschehen von Ober-Ramstadt einzumischen und ihre Stadt mitzugestalten.

1. Ökologie

Die natürlichen Lebensgrundlagen werden trotz des gestiegenen Umweltbewußtseins der Menschen weiter zunehmend gefährdet. Ozonloch, Klimakatastrophe und ungebremstes Waldsterben sind dafür die markantesten Beispiele. Um im Umwelt- und Naturschutz einen wirklichen Wandel zu erreichen, dürfen Wirtschafts- und Umweltpolitik nicht länger als Gegensatz betrachtet werden. Eine Wirtschaft kann auf die Dauer nur in einer intakten Umwelt funktionieren, weil die Umwelt die Lebens-

grundlage der wirtschaftenden Menschen ist und die Rohstoffe für den Wirtschaftskreislauf liefert.

Wer also Arbeitsplätze sichern und ihre Zahl vergrößern will, wird das nicht auf Kosten des Umwelt- und Naturschutzes tun können. Die aktuelle Wirtschaftslage wird dazu mißbraucht, den Abbau von not-



wendigen ökologischen Rahmenbedingungen zu fordern, obwohl die nachhaltige und schonende Nutzung der zur Verfügung stehenden Umweltressourcen den Menschen langfristig nur Vorteile bringt.

Mit jeder kurzfristigen Entscheidung zur vorübergehenden Stärkung der Wirtschaft auf Kosten der Umwelt nehmen wir nachfolgenden Generationen eine weitere Chance, ihre Umwelt lebenswert zu gestalten.

1.1. Umweltbeauftragte/r

Deshalb fordern wir: die Einstellung eines/einer Umweltbeauftragten, der/die vor allem die in den nachfolgenden Punkten skizzierten Forderungen umzusetzen helfen soll. Schon heute würde sich ein/e solche/r Beauftragte/r bezahlt machen: aufgrund eines von der HEAG bezahlten Energiegutachtens werden in öffentlichen Gebäuden Einsparmaßnahmen umgesetzt, für die Erfolgshonorare zu zahlen sind. Das Geld würde bes-

ser für die Bezahlung eines/einer Umweltbeauftragten eingesetzt, der/die nicht nur Energiesparmaßnahmen vorschlägt, sondern auch Einwohnerinnen und Einwohner und Verwaltung in Umweltfragen berät, Förderprogramme der Stadt entwickelt, private und kommunale Planungen unterstützt, Gewässer- und Landschaftsschutzmaßnahmen vorbereitet und durchführt sowie kommunale Veranstaltungen zu Umweltthemen ausrichtet.

1.2. Abfallpolitik

Der beste Müll ist der, der gar nicht erst anfällt.

Die Vermeidung von Müll hat jedoch gegenüber den Anstrengungen zur Verwertung anfallender Abfälle noch nicht die Bedeutung erhalten, die ihr zukommt.

Folgende Maßnahmen könnten das ändern:

- die Verstärkung der Beratung/Öffentlichkeitsarbeit zur Abfallvermeidung; Selbstkompostierung ist besser als Kompostierung via "Grüne Tonne";
- die Förderung der Abfallvermeidung im Einzelhandel;

**BfO/Grüne
Ober-Ramstadt**



- mindestens die Einführung der Codierung, besser noch die Einführung eines Wiegesystems, weil damit eine gerechtere Bewertung des abgelieferten Abfalls erfolgen kann.

Beim Sperrmüll sind ebenfalls hohe Prozentsätze vermeidbarer oder anderweitig verwertbarer Abfälle festzustellen. Wir plädieren daher für die Einrichtung einer "Brockenstube" nach schweizer Vorbild, in der die noch brauchbaren Haushaltsgegenstände und Möbel abgegeben und zu Flohmarktpreisen weitergegeben werden können.

Viele ökologisch orientierte Kräfte und auch wir halten die von der Verpackungsindustrie deutlich beeinflusste Verpackungsordnung für falsch. Die Organisation eines flächendeckenden Sammelsystems (DSD) schafft noch keine Reduktion des Verpackungsmülls oder eine ökologisch vertretbare Vertriebsweise für Waren. Damit in diesem Zusammenhang der Einzelhandel in Ober-Ramstadt in die Pflicht genommen werden kann, fordern wir die Verabschiedung einer Verpackungssteuerersatzung.

1.3. Natur- und Landschaftsschutz

Traditioneller Naturschutz, der nur einzelne Arten oder Flächen vor dem Zerstörungsprozeß durch Siedlungen, Verkehrslinien und Infrastruktur bewahrt, reicht bei weitem nicht mehr aus. Vielmehr müssen bei allen Planungen ökologische Aspekte vorrangig berücksichtigt und vorhandene Schäden und Defizite mit Hilfe von klar formulierten Umweltqualitätszielen beseitigt werden.

Wir fordern die schnellstmögliche Erstellung eines Landschaftsplanes für Ober-Ramstadt, entsprechend der heutigen Gesetzeslage. Darin soll festgehalten werden, daß die Landschaft als Lebensgrundlage für Mensch und Natur nachhaltig entwickelt, gesichert und geschützt werden muß.



Wichtige Erfolge in der praktischen Naturschutzarbeit, wie zum Beispiel die Ausweisung von Schutzflächen, der Ankauf von Flächen zu Schutzzwecken und der Abschluß eines Pflegevertrages, sind allerdings nur kleine Steinchen in einem großen, noch zu schaffenden Mosaik. Zur Vernetzung der Biotope muß die Neuanlage und Pflege von weiteren Feldhecken, Feldholzinseln, Wege- und Grabenbepflanzungen intensiviert und von der Stadt gefördert werden.

1.4. Land- und Waldwirtschaft

Die Reinhaltung von Boden und Grundwasser wird maßgeblich durch die Landwirtschaft beeinflußt. Gerade im Hinblick auf die Grundwasserneubildung ist eine ökologisch vertretbare Bewirtschaftung unserer Landschaft unverzichtbar.

In Ober-Ramstadt sind hierfür erste Schritte durch ein Förderprogramm für die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Grundstücke im Wasserschutzgebiet 2 und 3 un-

ternommen worden. Die Förderung einer alternativen Landwirtschaft, die weniger Schadstoffe in Böden und Gewässer einbringt als herkömmliche Betriebe, sollte aber nicht auf Wasserschutzgebiete beschränkt sein.

Wir fordern daher:

- eine Umstellungsbeihilfe für Landwirte, die künftig ökologische Landbaumethoden anwenden wollen;
- ein Verbot der Massentierhaltung; nicht nur aus Tierschutzgründen, sondern auch im Hinblick auf die Güllemengen und deren Entsorgung in der Landschaft;
- die Senkung der Bewirtschaftungsintensität in der Landwirtschaft;
- das Verbot des Verfütterns von Importfuttermitteln.

Die Waldflächen von Ober-Ramstadt sollen in allererster Linie dem Schutz von Wasser, Boden, Luft, aber auch der Naherholung dienen. Dem Schutzzweck soll die wirtschaftliche Nutzung nachgeordnet sein. Der Wald ist unter ökologischen Gesichtspunkten naturnah zu bewirtschaften.

BFO/Grüne
Ober-Ramstadt



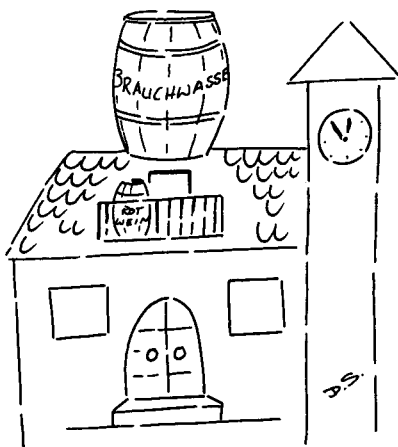
1.5. Boden, Wasser, Luft

Die Luft, die wir atmen, das Wasser, das wir trinken, der Boden, dessen Fruchtbarkeit uns ernährt, sind unverzichtbare Grundlagen des Lebens.

Wenn unsere Oberflächengewässer jemals wieder so sauber werden sollen, daß von ihnen keine Gefährdung mehr für Mensch und Tier ausgeht, und wenn die Grundwasserreserven auch in Zukunft hochwertiges Trinkwasser liefern sollen, wird nur eine Radikalkur den Trinkwassernotstand verhindern können.

Wir fordern zum Schutz von Grund- und Oberflächenwasser:

- die Vermeidung großflächiger Versiegelung;



- ein Entsiegelungskonzept für Ober-Ramstadt zur Minimierung der Flächenversiegelung;
- die Information der Bevölkerung über und die Subventionierung des Baus von Brauchwasseranlagen;
- in künftigen Bebauungsplänen den Bau von Brauchwasseranlagen vorzuschreiben;
- die Überprüfung städtischer Gebäude auf die Möglichkeit der Brauchwassernutzung;
- die schnellstmögliche Sanierung der Kanalisation.

1.6. Energie

Energie darf nicht als Ware wie jede andere verkauft werden. Oberstes Ziel muß die Einsparung von Energie sowie die Umstellung auf umweltschonende Energieträger sein.

Der vor dem Hintergrund des Klima- und Ressourcenschutzes dringend gebotene verantwortungsvolle Umgang mit Energie bedeu-



tet für uns verbrauchernahe, umweltfreundliche Erzeugung von Strom und Wärme in kleinen dezentralen Anlagen. Die Wiedergewinnung der kommunalen Selbstständigkeit als eine wesentliche Voraussetzung für die Dezentralisierung der Energieerzeugung ist deshalb für uns eine zentrale Forderung.

Strom und Wärme müssen mit einem Mix aus regenerativen Energiequellen (Sonne, Wind, Wasser) und weiteren Energieträgern wie Gas erzeugt werden. Die Energieanlagen haben dabei den aktuellen Stand der Technik zu erfüllen, d.h. Kraft-Wärme-Kopplung (Blockheizkraftwerke), Brennwert- oder Niedertemperaturtechnik.

Für Ober-Ramstadt bedeutet dies, bei neuen Bebauungsplänen energiesparendes und -ökologisches Bauen verbindlich festzusetzen. Mindeststandards dafür sind:

- die passive Ausnutzung der Sonnenenergie;
- die Festsetzung eines Mindestanteils regenerativer En-

ergieträger am Gesamtaufkommen (z.B. 40%), in Abhängigkeit vom Standort;

- die Festlegung bestimmter Heizungsanlagen mit einem Wirkungsgrad > 95%;
- die Ausführung kommunaler Neubauten in Niedrigenergiebauweise.

Ein großes Einsparpotential ist im Gebäudebestand zu finden. Deshalb ist bei notwendigen Instandsetzungs- bzw. Sanierungsmaßnahmen die zeitgleiche und dadurch ökonomisch sinnvolle Nachrüstung mit einer effizienten Wärmedämmung und einer ökologischen Heizungsanlage vorzunehmen.

Zur Unterstützung der Umrüstung im privaten Bereich sollte ein Förderprogramm aus den Mitteln der Grundwasserabgabe geschaffen werden.

Kernenergie

Kernenergie wird von uns (schon immer) als unverantwortliche Technik mit katastrophalen Betriebs- und Unfallfolgen abgelehnt. Ober-Ramstadt wird nach einem schweren Unfall im AKW Biblis unbewohnbar werden.

Der sogenannte Katastrophenschutzplan listet nur beteiligte Be-





hören auf. Der tatsächliche Katastrophenschutzplan ist streng geheim, damit die Bevölkerung "nicht beunruhigt wird".

Wir fordern:

- die Veröffentlichung des für uns gültigen, geheimen Katastrophenschutzplanes.

1.7. Verkehr

Darmstadt und das Umland ersticken im Straßenverkehr. Neben schwerwiegenden Umweltproblemen bewirken "großzügige" Umgehungsstraßen und viele Parkplätze vor allem eine Zunahme des Straßenverkehrs. Das Auto hat sich in den letzten Jahren zur wichtigsten Ursache von Luftverschmutzung, Lärm und Unfällen und zur zweitwichtigsten Ursache des Flächenverbrauchs entwickelt. Diese Probleme lassen sich nur durch eine Ausweitung des öffentlichen Personennahverkehrs im Umwelt-

verbund mit Rad- und Fußwegen entschärfen.

Wohnen an der Durchgangsstraße in Ober-Ramstadt ist unerträglich. Die Verwirklichung der kleinen Version der Umgehungsstraße ist ein notwendiges Übel, das jedoch das Verkehrsproblem nicht grundsätzlich lösen wird. Ziel muß es sein, den motorisierten Individualverkehr zu verhindern.

Mit der Gründung des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) ist ein einheitliches Tarifgebiet für ganz Südhessen entstanden. An der Vertaktung von Bahnen und Bussen wird gearbeitet. Trotzdem gibt es noch einiges zu verbessern, um die Nutzung von Bus und Bahn zu fördern:

- die Aufwertung der Bahn mit einer größeren Zahl von Zügen auf der Odenwaldstrecke, auch in Tagesrandlagen;
- ein zusätzlicher Halt der "Schnellen Odenwälder" in Ober-Ramstadt;
- bequemere, modernere und schnellere Züge;

**BFO/Grüne
Ober-Ramstadt**



- Direktverbindungen nach Pfungstadt und Frankfurt;
- die Führung der Buslinien aus den Ortsteilen und der Stadtbuslinien über den Bahnhof mit guten Anschlüssen an die Züge;
- die Anbindung der Buslinien aus dem Odenwald an den Bahnhof;
- die Ausweitung des Stadtbusangebotes und bessere Verknüpfung mit anderen Verkehrsträgern;
- die Einrichtung bzw. Verbesserung der Busverbindungen zwischen den Gemeinden rund um Darmstadt.

Im innerstädtischen Verkehr muß Fußgängern und Radfahrern mehr Beachtung geschenkt werden, weil mehr als 50% aller Wege *per pedes* oder mit dem Rad zurückgelegt werden.

Wir fordern daher:

- eine verkehrsberuhigte Zone von der Entengasse über die Hammergasse und Leuschnerstraße bis zur Ernst-Ludwig-Straße;

BFO/Grüne
Ober-Ramstadt



- eine weitere verkehrsberuhigte Zone zwischen Sonnengasse und Alicestraße;
- den konsequenten Rückbau der Darmstädter Straße im Zuge der Realisierung der Umgehungsstraße und die Sperrung für den LKW-Durchgangsverkehr; die Firma DAW könnte ihre Rohstoffanlieferungen durch die Bahn erledigen lassen;
- die Anlage eines Radweges im Zuge der gesamten Ortsdurchfahrt;
- die Bewirtschaftung ebenerdiger Parkplätze (Parkuhren).

Schulkinder und Fußgänger leben auf und neben der Odenwaldstraße in Modau sehr gefährlich. Außerdem ist die Belästigung der Anwohner durch Raser unerträglich. Das wollen wir ändern. Wir wollen folgende Maßnahmen verwirklicht haben:

- alle Ortseingänge sind nach modernen, verkehrspolitischen Gesichtspunkten so umzugestalten, daß schnell fahrende VerkehrsteilnehmerInnen zu einer langsamen Fahrweise "gezwungen" werden;
- die Durchgangsstraße soll durch die Anpflanzung von Bäumen am Straßenrand (ähnlich wie es in Modau früher war) auf die heute auch bei Durchgangsverkehr empfohlene Fahrbahnbreite von 5,5 m zurückgebaut werden;
- an den Bushaltestellen sind Unterstellmöglichkeiten, bessere Beleuchtung, Buskaps und Fußgängerüberwege einzurichten;
- die kurzen Treppenverbindungen in der gesamten Stadt sind zu erhalten und zu verbessern.

Die empfohlenen Schulwege sind

im gesamten Stadtgebiet unzureichend gekennzeichnet und stellenweise gefährlich, wie z.B. im Bereich Neuweg/Schießbergstraße und im Eingangsbereich der Eiche-Schule. Der Schulwegeplan ist insgesamt (auch für die Ortsteile) zu aktualisieren (bzw. zu erstellen) und die Schulwege sind entsprechend zu sichern.

Die Gewerbetreibenden sollen bei der Einrichtung eines Bringdienstes unterstützt werden, damit der Einkauf ohne PKW attraktiver wird.

Den Bau einer Verbindung zwischen K 129 (Zeilharder Straße) und B 426 (Hahner Straße) - die sogenannte Ostumgehung - zur Abwicklung des Autoverkehrs aus dem künftig bebauten MIP-Gelände lehnen wir strikt ab. Stattdessen soll für das MIP-Gelände ein Projekt "autofreies" Wohnen verwirklicht werden.

Der Flughafen in Frankfurt sieht einer drastischen Kapazitätserweiterung entgegen. Beeinträchtigungen sind für die ganze Region zu erwarten, auch für Ober-

**BFO/Grüne
Ober-Ramstadt**





Die neue Ostumgehung ...?

Ramstadt. Die Stadt sollte deshalb gegen die Zunahme des Luftverkehrs, der Starts und der Landungen und gegen die Senkung der Landegebühren in Frankfurt bei übergeordneten Stellen des Landes schriftlich protestieren.

2. Stadtentwicklung

Nachwievor fehlt in Ober-Ramstadt ein Stadtentwicklungsplan.

Für eine umsichtige Planung ist jedoch die Verabschiedung eines Stadtentwicklungsplanes durch die Stadtverordnetenversammlung nicht nur demokratisch unumgänglich, sondern faktisch notwendig, sofern die "Planung" der Stadtentwicklung nicht nur hinter den verschlossenen Türen des

Bürgermeisterbüros stattfinden soll. Wir fordern:

- als Schwerpunkte der Baulandpolitik in Ober-Ramstadt die Schließung innerörtlicher Baulücken und ökologisch orientierte Nutzungsänderungen im beplanten Siedlungsgebiet;
- die Ausweisung von Bauland nur in solchen Gebieten, die zuvor durch die Stadt oder im Auftrag der Stadt zu einem günstigen Kaufpreis erworben wurden;
- die Ausrichtung des Verkaufspreises am Ankaufspreis zuzüglich aller anfallenden Erschließungs- und Infrastrukturkosten einschließlich notwendiger Kapitalkosten. Der Kauf ist nur zu tätigen, wenn die erwarteten Verkaufspreise für das Bauland wenigstens 50% unter den aktuellen Marktpreisen liegen.

Verkehrsknoten Bahnhof

Der Ober-Ramstädter Bahnhof ist nicht besonders attraktiv. Trotz steigender Benutzerzahlen hat sich in den letzten Jahren wenig getan. Um den Bahnhof aufzuwerten und für weitere Nutzer interessant zu machen, fordern wir:



- das Anfahren des Bahnhofs mit Stadtbus und Linienbussen aus dem Odenwald;
- den zügigen Bau der FußgängerInnenbrücke über die Gleise zum Wohngebiet Eiche;
- die Schaffung einer Fußwegeverbindung zwischen der Straße "An der Linde" und der Bahnhofstraße;
- die Umgestaltung und Begrünung des Bahnhofsvorplatzes mit Bushaltestelle für mehrere Busse, überdachten und teilweise abschließbaren Fahrradabstellplätzen und ausreichenden PKW-Parkplätzen;
- die Nutzung des Bahnhofsgebäudes für die Einrichtung eines "Mini-Ladens" mit Service-Angeboten für die Reisenden und die BewohnerInnen der Umgebung;
- eine verbesserte Ausschilderung zum Bahnhof.

MIP-Gelände

Nachdem ein Historisches Gutachten über das MIP-Gelände erstellt worden ist, wissen wir, daß es einige wenige, jedoch zentrale, kon-



tamierte Stellen auf dem Gelände gibt. Bevor diese Stellen nicht vollständig abgetragen worden sind, ist an eine Übernahme des Geländes durch die Stadt und an eine Nutzung als z.B. Mischgebiet nicht zu denken.

Neben Wohnungen für Familien und Alleinstehende, Alte und Behinderte, stellen wir uns dort einen "Marktplatz/Festplatz" vor, der von Läden und Dienstleistungsbetrieben umgeben ist.

Ortsteile

Es gibt in den Ortsteilen Ober-Ramstads ortstypische Bereiche, die es zu erhalten gilt. Der dörfliche Charakter soll gepflegt werden. Alle planerischen Maßnahmen sollen den örtlichen Gegebenheiten und Besonderheiten angepaßt werden; die Beteiligung der Betroffenen bzw. der Ortsbeiräte ist zu verwirklichen.

3. Arbeitsmarktpolitik

Die aktuelle, bundesweite Arbeitsmarktpolitik verhindert die Schaf-

fung von Arbeitsplätzen. Es ist nicht einzusehen, daß ausgerechnet arme, kranke, kinderreiche und arbeitslose Menschen unter einer verfehlten Arbeitsmarktpolitik leiden sollen, während Aktienkurse und Unternehmensgewinne weiter steigen.

Wir wollen bekannte soziale Ideen neu formulieren und als kreative Kraft die Umsetzung neuer Ideen fördern. Eine Verkürzung von Lebens-, Jahres- und Wochenarbeitszeit ist der richtige Weg zu einer gerechteren Verteilung. Dabei müssen neue Arbeits- und Einkommensmodelle gefunden werden, in denen das Einkommen nicht unmittelbar an die im Augenblick erbrachte Arbeit gebunden ist. Eine Grundsicherung für alle ist langfristig anzustreben.

Von der Bundesregierung aufgestellte, unsoziale Rahmenbedingungen sind in der Kommunalpolitik nur schwer geradezubiegen; dennoch sind eine Reihe unmittelbarer wirkender und beispielhafter Maßnahmen zur Minderung der Arbeitslosigkeit möglich:

- die Übernahme neuer ökologischer Aufgaben und Landschaftspflegeprogramme;
- Recycling;

**BFO/Grüne
Ober-Ramstadt**



- Umweltschutzinvestitionen;
- der Ausbau von Job-Sharing/ Teilzeitmodellen in der Verwaltung;
- die Einrichtung von Beschäftigungsmodellen für Bedürftige;
- Wirtschaftsförderung und Vergabe von Aufträgen/ Ausschreibungen nur an solche Firmen, die Arbeits- und Ausbildungsplätze erhalten oder schaffen;
- die Schaffung von Arbeitsplätzen im verbesserten Öffentlichen Personennahverkehr;
- die Anhebung der Gewerbesteuersätze, verbunden mit einer Bezuschussung in gleicher Höhe für Betriebe, die ausbilden;
- die Stadt soll verstärkt zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in solchen wirtschaftlichen Bereichen aktiv werden, in denen sie mit ortsansässigen Betrieben nicht konkurriert;
- die Genehmigung von Gewerbebauten kann mit der unmittelbaren Verpflichtung gekoppelt sein, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen;
- die Prüfung kommunaler Verbundmodelle für Jugendliche, in denen unter Einbeziehung der Wirtschaft u n d unter Ausschöpfung der Mittel des Arbeitsförderungsgesetzes überbetriebliche Ausbildungseinrichtungen zu schaffen sind;
- die Einrichtung einer Ausbildungsplatzbörse.

4. Soziales

Zur Zeit wird in deutschen Landen gespart, koste es, was es wolle. Es gibt allerdings vollkommen unterschiedliche Überlegungen und Forderungen, an welchem Ende mit dem Sparen zu beginnen ist. Solange jedoch noch Mittel für "Luxus-"Ausgaben, für Reisen und Repräsentationen verfügbar sind, darf an der Unterstützung Bedürftiger nicht gespart werden.

Wir fordern die Schaffung der Stelle eines "Streetworkers". Die Stelle soll von einer Sozialpädagogin/einem Sozialarbeiter besetzt werden, der/die - unter dem Motto: "Hilfe zur Selbsthilfe" - grundsätzlich allen Menschen Ober-Ramstadts zur Verfügung

**BFO/Grüne
Ober-Ramstadt**



steht. Streetworker können bei Behördengängen behilflich sein; Jugendlichen zur Verfügung stehen, die ihr Glück im TRIO oder in den Vereinen nicht finden (von rund 600 Jugendlichen gehen etwa 150 regelmäßig ins TRIO); Suchtberatung betreiben, nicht nur für KonsumentInnen von Modedrogen. Oder ganz einfach dort helfen, wo Menschen unter unwürdigen Bedingungen leben, weil ihnen Fertigkeiten und Praktiken fehlen, die ein zufriedenstellendes Leben ermöglichen (Stichwort: Lebenshilfe).

4.1. Kinderbetreuung

Der Bedarf für außerfamiliäre Kinderbetreuung ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. Es ist vielen jungen Familien einfach nicht möglich, mit einem Gehalt ihren Unterhalt zu bestreiten: die Zahl der Alleinerziehenden nimmt ständig zu.

Die Qualität der außerfamiliären Betreuung wurde in "guten Tagen" durch qualifiziertes Personal, durch gut ausgestattete Räume, sinnvolle Angebote etc. soweit

gesteigert, daß mit gutem Gewissen die Kinder einer solchen Betreuung überlassen werden konnten. Diese Errungenschaft darf in "schlechten Tagen" nicht aufgegeben werden.



Das Recht auf Bildung ist ein Grundrecht. Heutzutage dient bereits der Besuch eines Kindergartens der allgemeinen Bildung; ohne Kindergartenerfahrung wird oft schon die Schulreife angezweifelt. Erwarb ein Kind zu anderen Zeiten "soziale Fertigkeiten" im Spiel mit anderen Kindern in der Natur oder auf der "Gasse", so kann es sie sich heute fast nur noch in Kindertagesstätten aneignen.

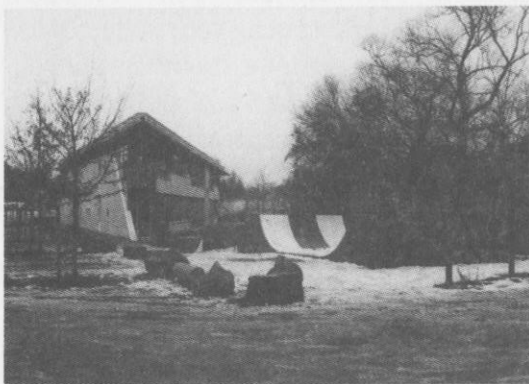
**BFO/Grüne
Ober-Ramstadt**



Wir beweinen nicht die Möglichkeiten des Erwerbs sozialer Fertigkeiten längst vergangener Zeiten, aber wir wollen die heutigen Möglichkeiten fördern.

Wir wollen also:

- eine kommunale Tagesmuttervermittlung und die Ausweitung des Angebotes an Tagespflegestellen;



- die Einrichtung bzw. die Unterstützung bestehender Kinderkrippen und Krabbelstuben;
- die Erweiterung des Angebotes in den bestehenden Kindergärten;
- die zügige Erweiterung der Kindertagesstätte Eiche;
- eine gemeinsame Betreuung von gesunden und behinderten Kindern;

- die Erweiterung des Angebotes in den Betreuenden Grundschulen;
- die Einrichtung eines Kinderhortes.

4.2. Jugendpolitik

“Es geht der Jugend gut”, heißt es; familiäre und schulische Erziehung seien liberal - glauben wir gängigen Statistiken. Die Mehrheit der Heranwachsenden bekundet in Umfragen ein subjektives Wohlbefinden. Hinsichtlich der persönlichen Existenz suchen die meisten, eine “pragmatische Überlebensfähigkeit” zu entwickeln.

Um die Gegenwart und Zukunft eines erheblichen Teils der Kinder und Jugendlichen in der Bundesrepublik ist es jedoch schlecht bestellt:

- jedes zehnte Kind ist auf Sozialhilfe angewiesen;
- 500.000 Menschen zwischen 18 und 25 Jahren sind arbeitslos; ca.



8% aller 20-25jährigen Menschen sind offiziell als arbeitslos gemeldet; 25% aller Arbeitslosen sind jünger als 30; ca. 20% aller Auszubildenden sind nach Abschluß der Ausbildung arbeitslos;

- aktuell fehlen ca. 80.000 Ausbildungsstellen;
- Schulen und Hochschulen unterliegen einer rigiden Sparpolitik;
- der **Schuldenberg** nimmt immer mehr zu: ein immer größer werdender Teil der "Erwachsenen" richtet sein Leben und Wirtschaften im Vorgriff auf künftige Ressourcen aus. Auch "unsere Gesellschaft" lebt immer mehr auf Kosten der Zukunft;
- seriösen Schätzungen zufolge gibt es jährlich ca. 150.000 Fälle von Gewalthandlungen gegen Mädchen und Jungen, vor allem von sexueller Gewalt.

[Quelle: Das Zukunftsloch - Loccumer Manifest für eine Politik im Interesse von Jugendlichen, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Köln 1996]

"Der/die Jugendliche" ist das Modell für Kleidungs-, Tanz- und Musikstile, für die Konsumgüter- und Freizeitindustrie. Es werden in dieser Gesellschaft innovative (im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit), leistungsfähige, flexible, allzeit an-

passungswillige, lernbereite und mobile Menschen gefordert, mithin "jugendliche" Menschen. Der einzelne Mensch, die konkrete Person, verschwindet hinter diesem übermächtigen Modell, sei es als heranwachsender Jugendlicher oder als jugendliche Erwachsene. Die "Politikverdrossenheit" von Jugendlichen wird allerorten beklagt. Wenn Jugendliche jedoch politisch aktiv werden, etwa zur Verhinderung von Atomtransporten, dann wird repressiv mit Polizeieinsätzen und strafrechtlichen Maßnahmen reagiert.

Es ist eine neue öffentliche Jugenddebatte geboten. Ihre zentrale Frage muß lauten: Was ist zu tun, damit allen Kindern und Jugendlichen eine lebbare Gegenwart und eine gestaltbare Zukunft ermöglicht werden kann und ermöglicht wird? Adressaten dieser Debatte sind in erster Linie Erwachsene. Denn Erwachsene gestalten die Gegenwart und bestimmen damit wesentlich die Zukunft der Jugendlichen.

- Wir wollen diese neue Jugenddebatte auf allen politischen Ebenen einbringen, vorantreiben und mitgestalten.

BFO/Grüne
Ober-Ramstadt



4.3 Alte und behinderte Menschen

Alte, kranke und behinderte Menschen sind ganz besonders auf unsere Fürsorge und Rücksichtnahme angewiesen. Wir fordern:

- behindertengerechte Einrichtungen und Zugänge an öffentlichen Gebäuden;
- die Bereitstellung von Behindertentaxen;
- behindertengerechte Fußgängerüberwege und Ampeln.

Alte Menschen haben ein Recht darauf, ihren Lebensabend in ihrem bisherigen Wohnumfeld zu verbringen, anstatt ausgegrenzt und auf die "grüne Wiese" abgeschoben zu werden. Wir wollen:

- eine gut ausgerüstete Sozialstation, die eine ambulante Betreuung sicherstellen kann.

5. Kultur und Bildung

Eine am demokratischen Ideal orientierte Kulturpolitik will die Entfaltung der sozialen, kommunikativen und ästhetischen Möglichkeiten aller Menschen erreichen. Sie

- schafft Kommunikations-

möglichkeiten, die der Vereinzelung entgegenwirken;

- öffnet Spielräume, in denen die Menschen sich selbst und ihre schöpferischen Möglichkeiten entdecken und an Gestaltungsaufgaben soziales Verhalten erleben und verstehen lernen können;
- fordert Reflexion heraus, um der bloßen Anpassung und der oberflächlichen Ablenkung entgegenzuwirken.

Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und Freiheitsrechte müssen gegen Bevormundung durch Amtsautorität und gegen Machtmißbrauch immer wieder neu erkämpft werden. Demokratie braucht Öffentlichkeit. Wir wollen eine verstärkte Teilnahme aller EinwohnerInnen an den Entscheidungen der Stadt.

Die dominierende kulturelle Ausdrucksform neben Wettkämpfen ist das Gelage. Allüberall wird uns Woche für Woche berichtet: vom kleinen Fressen und Saufen hier, vom großen dort. Das reicht uns nicht ...

**BFO/Grüne
Ober-Ramstadt**



Für uns - die wir genügsam sind - sieht ein Teil der kulturellen Zukunft Ober-Ramstadts folgendermaßen aus:

- die Petri-Villa soll ein "Haus der Begegnung" werden. Modauzwerge werden sich im Park mit Seniorinnen und Senioren tummeln und raufen, die "Räume für Jedermann" werden von einem Informationszentrum verwaltet, in einer Bistrokneipe kann der Live-Musik gelauscht und trotzdem noch angeregt geplauscht werden. Ob Boule, Petanque oder einfach nur Bummeln: der Petri-Park wird selbst im Winter ein Ort der Besinnlichkeit und des beschaulichen Genießens sein.
- Ober-Ramstadt vergibt einen eigenen Kunst- und Literaturpreis, der in Zusammenarbeit mit ortsansässigen KünstlerInnen, SchriftstellerInnen und potentiellen SponsorInnen geschaffen werden soll. Alle zwei Jahre wird südhessenweit im Wechsel

für Kunst oder für Literatur nach üblichen Kriterien ausgeschrieben. Der Preis wird am Aufenthalt in Ober-Ramstadt gebunden: als Ort für eine kleine Klausur oder ein Atelier - die/das bewohnbar sein sollte - ist die Petri-Villa oder die Hergertsmühle denkbar. Für drei Monate soll die Stadtschreiberin/der Stadtkünstler sich in Ober-Ramstadt aufhalten, Stadt und Leute kennenlernen und sich künstlerisch/literarisch mit ihnen auseinandersetzen, gegen kostenloses Wohnen und DM 2.000,— pro Monat. Einmal monatlich oder mindestens abschließend findet eine Ausstellung/eine Lesung statt, in der das Ergebnis der kurzen Begegnung zwischen Künstlerin/Schriftsteller und Ober-Ramstadt präsentiert wird.

5.1. Schulen

Die Schule wird schon bald mehr Gestaltungsfreiheit haben, mehr Entscheidungsrechte, ein eigenes Budget und Rechte bei der Personalauswahl. Sie wird ihre Angelegenheiten möglichst weitgehend selbst regeln (müssen). Diese Freiheit und die Verantwortung der Schule für ihren Bildungsauftrag





wird sich in einem Schulprogramm niederschlagen, das von der Schulgemeinde zu erarbeiten ist. Das Programm soll eine Standortbestimmung der Schule enthalten, eine Darstellung ihrer Stärken und Schwächen, ihrer Probleme.

Eine Schule der Mündigkeit, Aufklärung und Selbstbestimmung, der sozialen und ökologischen Verantwortung muß selbst nach den Prinzipien gestaltet sein, die sie lehren will. Sie muß in die Lage versetzt werden, in Selbstverwaltung und Eigenverantwortung ihre spezifischen pädagogischen Aufgaben zu lösen, ein eigenes Programm zu entwickeln und die Qualität ihrer Arbeit kontinuierlich an den selbstgesteckten Zielen zu

messen. Sie soll der Ort sein, an dem die Freude am Lernen, das demokratische Aushandeln von Regeln, die Bildung der Persönlichkeit und des Geistes ihren Platz haben und der frei ist von Angst, Aussonderung und Gängelung. Nicht abrufbares Wissen ist das Ziel, nicht das arithmetische Mittel einer langen Reihe von über Jahre hinweg erteilten Schulnoten, sondern die Aneignung von Methoden und Praktiken zum Erwerb, zur Aneignung und zur Produktion von Wissen (also: Lernen zu lernen).

Nicht nur das Lehrpersonal der drei Schulen in Ober-Ramstadt, sondern vor allem Schülerinnen und Schüler, Eltern, die Stadt und mögliche Sponsoren sind gefordert, zusammen nach Wegen zu suchen, die zur (schon bald verordneten) Eigenständigkeit führen. Künftig wird das Land wie bisher die Kosten des Lehrpersonals, der Landkreis die Kosten der Gebäudeunterhaltung tragen: die Mittel für alle anderen Kosten hat die Schule selbst zu beschaffen! Wir fordern schon jetzt alle Interessengruppen

**BFO/Grüne
Ober-Ramstadt**



auf, in eine Diskussion über die Zukunft der Ober-Ramstädter Schulen unter den zu erwartenden Existenzbedingungen einzutreten.

In Ober-Ramstadt konnte dank der Hilfe der Bündnisgrünen auf Kreisebene ein "Ringtausch" zwischen Schulen vorgenommen werden, der den Ober-RamstädterInnen eine zweite Grundschule bescherte.

Ober-Ramstadt übernimmt mehr und mehr die Funktionen eines Mittelzentrums; die regionale Raumordnungsplanung sieht für Ober-Ramstadt keine Festschreibung des Bestandes vor; selbst wenn nur Baulücken geschlossen und vorhandene Gebiete - einschließlich MIP-Gelände - bebaut werden, wird die Bevölkerungszahl in einem Maße zunehmen, daß auch der Bedarf an Schulplätzen deutlich steigen wird.

Trotzdem die zweite Grundschule Zugriff auf Räume der Lichtenbergschule hat, trotzdem die Lichtenbergschule demnächst ein neues Gebäude für die sich ausweitende Oberstufe bekommt, so ist das doch nur Ausdruck der Ver-

waltung des Status' Quo: wenn sich auch nur eine winzige Kleinigkeit ändert, wenn die zweite Grundschule statt bisher drei künftig vier Züge einrichten muß, wenn die Lichtenbergschule statt bisher fünf künftig sechs oder sieben fünfte Klassen eröffnen muß, dann wird's eng.

Die Schülerinnen und Schüler, das Lehrpersonal und die Betreuung der Eiche-Schule dürfen schon bald in "Pavillons" hausen, weil: die Gebäude müssen wegen PCB renoviert werden.

Die Modautalschule verfügt jetzt zwar über eine Betreuung, aber auch dort wird im Grund der Status Quo verwaltet, denn zugunsten der Betreuung wird auf die Ausweitung des Angebotes (AGen, Fachräume etc.) verzichtet.

Die Einrichtung einer dritten, dezentralen Grundschule in Ober-/Nieder-Modau liegt angesichts des bisher Geschilderten aus ökologischen, ökonomischen und qualitativen Gründen auf der Hand: es müßten keine Busfahrten mehr von Modau nach Ober-Ramstadt-City und nach Ernsthofen erfolgen; die zweite Grundschule Ober-Ramstadts und die Modautalschule in Ernsthofen könnten weit aus mehr anbieten als den Minimalstandard; die Rohrbacher

**BFO/Grüne
Ober-Ramstadt**



Schülerinnen und Schüler hätten einen weitaus kürzeren Weg zur Schule. Wir fordern also:

- die Einrichtung einer weiteren, mindestens zweizügigen Grundschule in Ober-/Nieder-Modau.

6. Frauen

Trotz aller Erfolge der Frauenbewegung ist die Gleichberechtigung von Frauen bisher nicht verwirklicht worden. Das Leben von Frauen wird dominiert von Werten einer männerorientierten Welt. Die Besonderheiten und Unterschiede im weiblichen Lebenslauf werden nicht berücksichtigt.

Die Benachteiligungen treffen je-

de Frau: geringere Entlohnung bei gleicher Ausbildung, schlechtere Chancen auf einen Arbeitsplatz, niedrigere Altersrente - oft nur knapp über dem Existenzminimum, eine kaum zu bewältigende Mehrfachbelastung durch Erziehung, Hausarbeit und Beruf.

Gewalt gegen Frauen und Kinder wird immer noch nicht entschieden genug durch die Gesellschaft bekämpft. Obwohl das Recht auf Selbstbestimmung und selbstgewählte Lebensweise sowie auf körperliche Unversehrtheit unantastbar ist.

Es ist Aufgabe der Frauenbeauftragten (§4a, Hess.Gemeindeordnung), die Gewährleistung der Verwirklichung des "Verfassungsauftrages der Gleichberechtigung von Frau und Mann" sicherzustellen. Auch für Ober-Ramstadt bedeutet das, daß die Frauenbeauftragte bei allen Beschlüssen, Verfügungen und Vorhaben ein Einspruchsrecht haben muß. Die Ansichten und Fragestellungen von Frauen sind konsequent bei der Erfüllung kommunaler Aufgaben mit einzubeziehen. Es gilt,



Mitwirkungsmöglichkeiten zu schaffen, damit es für Frauen attraktiv wird, sich überall zu beteiligen.

Der politische Alltag in Ober-Ramstadt ist für Frauen eher abschreckend. Ein Beispiel: trotz Frauenförderplan wird es dabei bleiben, daß es in der Verwaltung nur männliche Abteilungsleiter nebst drei Stellvertretern und nur eine Stellvertreterin gibt.

Wir fordern daher:

- eine "Frauenverträglichkeitsprüfung" bei allen Planungen;
- die stärkere Berücksichtigung von Frauen bei der Vergabe von Sozialwohnungen;
- Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Öffentlichen Raum, d.h. gut ausgeleuchtete Plätze; Frauentaxi; Nachtbus;
- die Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs;
- die Vernetzung der Stadtteile;
- eine finanzielle Unterstüt-

zung der Frauenhäuser sowie der Beratungsorganisationen Wildwasser und Pro Familia;

- eine Hilfestellung beim Wiedereinstieg ins Berufsleben;
- die Veröffentlichung von Weiterbildungs- und Umschulungsangeboten durch das Arbeitsamt, die Kreisvolkshochschule und freie Träger;
- die Unterstützung von autonomen Frauen- und Selbsthilfegruppen;
- die Umwandlung der Stelle der Frauenbeauftragten von einer Zweidrittelstelle in eine ganze Stelle.

Eine friedliche, demokratische und ökologische Gesellschaft kann nur dann erreicht werden, wenn Frauen und Männer gleichermaßen an ihrer Gestaltung beteiligt sind.

7. Politisches Verständnis

In der Kommunalpolitik beginnt das Engagement zumeist ab dem vierzigsten Lebensjahr, überwiegend bei Männern. Ob im Stadtparlament oder im Magistrat: jüngere und daher weniger erfahrene Menschen können sich selten gegen ältere behaupten - nicht, weil

BFO/Grüne
Ober-Ramstadt



sie dümmer sind oder keine Ideen haben, im Gegenteil ... - und müssen z.T. diese Tatsache "aussitzen", bis sie selbst genau das Alter erreicht haben, das sie für das "Ehrenamt" im Magistrat qualifiziert. Und dafür müssen sie schon ganz schön alt werden ...

In den vergangenen fünfzig Jahren wurde in der "neuen" Demokratie gehegt und gepflegt, was schon unter Bismarck anerkannte Praxis war. "Die da oben werden's schon richten." Es wurden jedoch nicht die Stadtverordneten als "die da oben" angesehen, obwohl sie rechtlich zusammen das höchste Entscheidungsorgan der Stadt bilden, sondern die Stadträte, der Magistrat, eigentlich "Der Bürgermeister". Der Magistrat ist zwar ein "Kollegialorgan", d.h. sämtliche Stadträte sind dem Bürgermeister - der Sprecher des Magistrats ist - gleichgestellt, aber zur Ausübung dieser Gleichstellung müßten sie genauso viel Zeit aufwenden wie er, der doch hauptamtlich aktiv ist, während sie "nur" ehrenamtlich tätig sind.

In Ober-Ramstadt dienen sowohl Stadtverordnetenversammlung als auch Magistrat in erster Linie der Aufrechterhaltung des Scheins: sie dürfen herhalten für ein sorgsam gepflegtes Trugbild von Demo-

kratie, denn tatsächlich werden wichtige Entscheidungen hinter verschlossenen Türen getroffen, ohne Beteiligung des zumindest auf dem Papier existierenden Souveräns, der Bevölkerung. Nicht die Einwohnerinnen und Einwohner Ober-Ramstadts bestimmen, wo's langgeht, sondern Der Hauptverwaltungsbeamte brütet in seinem stillen Kämmerlein aus und sucht sich dann, schön pragmatisch, die dafür notwendigen Mehrheiten im Parlament. Er hält dabei natürlich die Buchstaben aller denkbaren Gesetzestexte ein. Mehr jedoch nicht. Er handelt im Namen des Volkes, aber nicht zusammen mit ihm.

Wir suchen, uns mit Andersdenkenden auseinanderzusetzen, Argumente auszutauschen, zu reden. Wir pflegen ein Miteinander. Wir verfallen nicht wie andere dem blinden, technokratischen Aktionismus, dem sie das Mäntelchen "grün redet, rot handelt" umhängen und damit verschleiern, daß sie nichts zu sagen haben. Wir wollen die Ideen und Anregungen möglichst vieler Einwohnerinnen und



Einwohner Ober-Ramstadts ins Parlament tragen und umsetzen. Dafür braucht bei uns niemand ein Parteibuch ...

Wir wollen eine Ober-Ram-Stadt, die allein deshalb vielen dort lebenden Menschen gefällt, weil sie sich an ihrer Gestaltung beteiligt haben.



8. Der, die, das Fremde

8.1. Ausländische EinwohnerInnen

AusländerInnen-Politik hat in dieser Republik nie eine eigenen Stellenwert gehabt, sondern ist seit jeher abhängig von der Wirtschaftspolitik. Menschen wurden als Objekte des Arbeitsmarktes mit Anwerbeverträgen in's Land geholt, damit sie das "Wirtschaftswunder" Deutschland aufbauen und sichern helfen. Keine Bundesregierung, keine der anderen im Bundestag vertretenen Parteien hat es bisher vermocht, aus der Tatsache Konsequenzen zu ziehen, daß die Bundesrepublik längst ein Einwanderungsland geworden und

auf die Einwanderer angewiesen ist. Stattdessen werden ImmigrantInnen als Belastungsfaktoren abgestempelt, als Sündenböcke für alle möglichen Fehlentwicklungen mißbraucht und in vielen Bereichen ihrer Rechte beraubt. Die Verdrängungspolitik der Bundesregierung greift fremdenfeindliche Strömungen in der Bevölkerung auf und unterstützt sie.

Bei dieser Kommunalwahl dürfen erstmals die EU-EinwohnerInnen ihr aktives und passives Wahlrecht ausüben. Obwohl die Erweiterung der Mitbestimmung auf EU-EinwohnerInnen sehr erfreulich ist, darf nicht übersehen werden, daß weiterhin die meisten der in Ober-Ramstadt lebenden AusländerInnen vom Wahlrecht ausgeschlossen bleiben. Wir fordern nachwievor

- das kommunale Wahlrecht für alle ausländischen EinwohnerInnen.



Für alle ausländischen EinwohnerInnen besteht als weiteres Vertretungsinstrument der AusländerInnen-Beirat. Derzeit sind die Einflußmöglichkeiten des Beirates sehr beschränkt und die Mitglieder entsprechend enttäuscht. Wir fordern

- ein Rede- und Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung für den Beirat und ausreichende Mittel für eine erfolgreiche und eigenständige Arbeit im Haushalt bereitzustellen.

Weiter gilt unser Bemühen dem besseren Verständnis zwischen deutschen und ausländischen EinwohnerInnen in Ober-Ramstadt.

- Es muß eine Möglichkeit geschaffen werden, daß auch türkische Hochzeiten in Ober-Ramstadt gefeiert werden können.

Wir sind gegen jede Art von Rassismus und fordern deshalb die Ober-Ramstädter Bürger/innen auf, die Gleichberechtigung und die Gleichbehandlung ausländischer EinwohnerInnen zu unterstützen.

8.2. Asylsuchende

Mit dem neuen „Asylrecht“ hat die Bundesregierung das Recht auf Asyl faktisch abgeschafft. Wir for-

dern hingegen uneingeschränktes Asylrecht für alle politisch Verfolgten ein. Wir begreifen die Kulturvielfalt als Chance, von und mit anderen Kulturen zu lernen.

Niemand verläßt seine Heimat ohne ernstzunehmenden Grund oder nur wegen ein paar Mark Sozialhilfe. Viele Flüchtlinge suchen Schutz vor Bürgerkrieg, vor staatlicher Verfolgung, vor Hunger oder vor ethnischer Diskriminierung. Natürlich ist es sinnvoll, darauf hinzuwirken, diesen Menschen in ihrer Heimat eine Perspektive zu ermöglichen. Aber denen, die keinen anderen Ausweg mehr haben, müssen wir hier helfen.

Die Zwangsabschiebung von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien lehnen wir ab.

Für die Asyl-Politik in Ober-Ramstadt fordern wir:

- die Verbesserung der baulichen Verhältnisse im Asylbewerberheim; die Schaffung von geeigneten Gemeinschaftsräumen;
- eine finanzielle Unterstüt-

**BFO/Grüne
Ober-Ramstadt**



zung des Arbeitskreises Asyl durch die Stadt OberRamstadt;

- die Betreuung der anerkannten AsylbewerberInnen durch städtische SozialarbeiterInnen, um ihnen ein Einleben in diesem Lande zu erleichtern.

9. Frieden

In Ober-Ramstadt gab es bekanntlich ein militärisch-genutztes Gelände: das MIP-Gelände. Sobald es von Altlasten befreit ist - was noch Jahre dauern kann, soll es einer zivilen Nutzung (Wohngebiet etc.) zugeführt werden.

Friede, Freude, Eierkuchen also?

Weit gefehlt. Die seit 1983 geltenden "Rahmenrichtlinien der Gesamtverteidigung" sind auch heute noch in Kraft. "Gesamtverteidigung" wird dort in militärische und zivile Verteidigung unterteilt. Letztere umfaßt sämtliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, des Zivilschutzes, der Versorgung und der Unterstützung der Streitkräfte.

**BFO/Grüne
Ober-Ramstadt**



Grundlage dieser Maßnahmen sind: die Notstandsgesetze, Zivilschutzgesetz, erweitertes Katastrophenschutzgesetz und die sogenannten Sicherstellungsgesetze sowie entsprechende Verordnungen.

Kommunen und Kreisen als unterste ausführende Behörden kommen die wichtigsten Aufgaben bei der Umsetzung des Zivilschutzes und der Zivilen Verteidigung zu. Die Hauptverwaltungsbeamten (im Auftrag des Bundes der Landrat) haben einen Stab einzurichten, dem die Dienste des Brandschutzes (Feuerwehren), der Bergung (THW, Feuerwehren), der Instandsetzung (THW), der Sanität (ASB, DRK, JUH, MHD), des ABC-Schutzes (Feuerwehren) und Selbstschutzberater angehören sollen sowie die Polizei, Krankenanstalten, Kommunale Versorgungsbetriebe und Bau-, Gesundheits-, Veterinäramt.

Dieser Stab übt die Zusammenarbeit mit militärischen Einrichtungen für den Krisen-, Spannungs- und/oder Verteidigungsfall auf der Grundlage militärischer Szenarien. Übungsbeispiele: Einführung von Lebensmittelkarten, Zwangsverpflichtung von Arbeitskräften, Beschlagnahme von Fahrzeugen und Gebäuden, Stilllegung von

50% der privaten Telefonanschlüsse, Entlassung von 50% der Krankenhauspatienten, um die Betten für Kriegsverletzte zur Verfügung zu haben, Ausarbeitung von Plänen gegen: Demonstrationen und Sabotageaktionen, Flüchtlingsströme, Massenaufbruch von ausländischen Arbeitern.

Militarisierung des Alltags bedeutet offenbar nicht (nur) die Zunahme von Manövern. Ein großer Teil von Kriegsvorbereitungsmaßnahmen läuft immer noch auf Ebenen ab, mit denen niemand rechnet, die kaum jemand wahrnimmt. Nachwievor gilt: die Herstellung von Öffentlichkeit ist eines der wichtigsten Instrumente Kommunalen Friedensarbeit. Dafür ist neben außerparlamentarischen Aktivitäten die Bildung eines Ausschusses der Stadtverordnetenversammlung (der z.B. Ausschuß für Frieden und Völkerverständigung o.ä. heißen kann) denkbar.

Seine Aufgaben könnten sein:

- alle rechtlichen, politischen und tatsächlichen Möglichkeiten für Friedensarbeit der Stadt zusammenstellen (evtl. ein Gutachten erstellen lassen, wie die Städte Wiesbaden und Frankfurt);
- Untersuchung der aktuellen

Kriegsführungsstrategien und -konzepte auf "Verteidigung"-rechtliche Gegenargumente;

- Erstellung eines militärischen Belastungs- und Gefahrenkatasters; zivil-militärische Zusammenhänge aufzeigen;
- Stellungnahmen zu jeglichen Anhörungsverfahren im Zuge militärischer Planungsvorhaben (dazu gehören auch jene Masten zur "Luftraumüberwachung der BRD");
- Hearings durchführen, in denen sachkundige PolitikerInnen und BürgerInnen etc. sich mit der Bedeutung der Stadt innerhalb bestehender Kriegsführungsstrategien beschäftigen und ihrerseits Strategien entwickeln, die Stadt "kriegsführungsfrei" zu machen und zu erhalten;
- Öffentlichkeitsarbeit; Kontaktpflege und Erfahrungsaustausch mit Nachbar- und Geschwisterstädten, Institutionen, Friedensinitiativen und -forschungsinstituten;

**BFO/Grüne
Ober-Ramstadt**



- Modelle für den “Sozialen Widerstand” der Stadt entwerfen;
- Maßnahmen entwerfen zum Abbau von Feindbildern.

10. Finanzen

Die Stadt Ober-Ramstadt ist Ende 1996 mit ca. 6,79 Millionen Mark verschuldet, gleichzeitig konnten Rücklagen von ca. 11,6 Millionen Mark gebildet werden, sodaß z.Zt ein Überschuß von ca. 4,81 Millionen DM vorhanden ist. Damit hat sich die finanzielle Situation der Stadt in den letzten vier Jahren entscheidend verbessert. Dies ist zu allererst auf außergewöhnlich hohe Gewerbesteuereinnahmen zurückzuführen. In den letzten vier Jahren hat die Stadt 27 Millionen DM mehr an Gewerbesteuern eingenommen, als in den vier Jahren zuvor. Ob diese hohen Einnahmen auch in den nächsten Jahren fließen werden, ist angesichts der von FDP und CDU vorangetriebenen Diskussion um die Abschaffung bzw. Änderung der Gewerbesteuer mehr als fraglich.

Immer neue Aufgaben und Lei-

stungen werden per Gesetz oder Verordnung an die Gemeinden “delegiert”, ohne daß dafür ein finanzieller Ausgleich geschaffen wird (z.B. Kindertagesstätten, Personennahverkehr). Durch diese Lastenverschiebung, die einem Entzug von Finanzmitteln gleichkommt, werden die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt weiter eingeschränkt.

In den nächsten Jahren stehen einige große Vorhaben zur Realisierung an (Kindertagesstätte Eiche, Petri-Villa, MIP-Gelände, Bahnhofsvorplatz, Sozialwohnungen), die die Finanzkraft der Stadt stark strapazieren werden. Trotzdem sind wir der Meinung, daß zur Finanzierung nicht einfach Besitzstände der Stadt verkauft werden dürfen oder die Bebauung des MIP-Geländes in die Hände eines privaten Investors gelegt werden sollte, wie dies auf Eiche-Ost geschehen ist. Wir treten dafür ein, daß die Stadt diese Investitionen tätigt und daß besonders die örtlichen Gewerbetreibenden bei der Auftragsvergabe berücksichtigt werden?

Auch in den nächsten Jahren führt kein Weg an einer sparsamen Haushaltsführung vorbei. Alle Kosten und Leistungen der Stadt müssen auf den Prüfstand.

**BFO/Grüne
Ober-Ramstadt**



Unsere Kandidaten



Von links nach rechts: Miguel Ruiz Diez, Christian Schreyer, Regina Reddig, Wilfried Heberer, Rainer Schönenberg, Horst Becht, Hans-Jörg Halva, Jochen Baumann.

Regina Reddig, Bergstraße 3,
51509

Wilfried Heberer, Neutscher
Weg 9, 06167/585

Horst Becht, Kirchstraße 11,
1686

Herbert Seeger, Erfurterstr. 23,
2902

harald hellweg-mahrt †, Fried-
hofstraße 4, 4775

Jürgen Wolf, Am Wingerts-
berg 7, 51738

Jochen Baumann, Am Schloß-
berg 6, 52627

Andrea Baumann, Am
Schloßberg 6, 52627

Christian Schreyer, Odenwald-
straße 134G, 53948

Dagmar Leiniger-Wolf, Am
Wingertsberg 7, 51738

Hans-Jörg Halva, Am Neu-
wiesenberg 10 b, 06167/303

Monika Reck, Odenwaldstr.
132 B, 3282

Rainer Schönenberg, Fried-
hofstraße, 1709

Werner Schellhaas, Stettiner
Str. 8, 51212

Miguel Ruiz Diez, Bergstraße
3, 51509

BfO/Grüne wollen:

BfO/Grüne
Ober-Ramstadt



- die Abfallvermeidung fördern;
- den Landschaftsschutz verstärken;
- eine/e Umweltbeauftragte/n, der/die Bürger/innen und Verwaltung in Umwelt- und Energiefragen berät und Umweltschutzmaßnahmen vorbereitet und durchführt;
- die Aufwertung des Schienenverkehrs durch mehr Züge auf der Odenwaldstrecke;
- die Anbindung des Bahnhofs an die Buslinien aus den Ortsteilen und den Stadtbus;
- Verkehrsberuhigung und Rückbau der Durchgangsstraßen im Zuge der Realisierung der Umgehungsstraße;
- eine kommunale Arbeitsmarktpolitik, die die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen fördert;
- eine ausreichende und qualifizierte Kinderbetreuung;
- die besonderen Interessen von Frauen vertreten;
- mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse alter und behinderter Menschen;
- eine "lebendige" Petri-Villa mit einem vielseitigen kulturellen Angebot;
- die Einrichtung einer weiteren Grundschule in Modau;
- Anregungen und Ideen von EinwohnerInnen ins Parlament tragen und umsetzen;
- mehr Demokratie in den politischen Gremien Ober-Ramstadts;
- stärkere Berücksichtigung der Interessen unserer ausländischen Einwohnerinnen